

Ein Land für alle Bürger

Israel Antisemitische Angriffe nehmen vielerorts zu. Sie müssen unbedingt bekämpft werden. Aber: Antizionismus gleichzusetzen mit Judenhass, ist der falsche Weg

■ Peter Beinart

Wer Jude ist, für den sind dies befremdliche und beunruhigende Zeiten – aus zwei Gründen: weil der Antisemitismus zunimmt. Und weil so viele Politiker darauf nicht antworten, indem sie Juden schützen, sondern indem sie Palästinenser bestrafen.

Am 16. Februar überzogen Gelbwesten auf der Straße in Paris den französischen jüdischen Philosophen Alain Finkielkraut mit antisemitischen Beleidigungen. Am 19. Februar fanden sich auf 80 Gräbern im El-Sass Hakenkreuze. Zwei Tage später stellte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron fest, in Europa lebe „der Antisemitismus wieder auf wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr“, und kündigte an, dagegen mit neuen Maßnahmen zu kämpfen.

Eine dieser Maßnahmen ist eine neue offizielle Definition von Antisemitismus. Diese Definition, 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) erstellt, zählt zu den „zeitgenössischen Beispielen“ für Antisemitismus, „dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zu verwehren“. Mit anderen Worten: Antizionismus ist Judenhass. Mit der Übernahme dieser Definition folgte Macron den Beispielen Deutschlands, Großbritanniens, der USA und rund 30 weiterer Regierungen. Wie sie alle beging der Präsident damit einen tragischen Fehler.

Antizionismus ist nicht inhärent antisemitisch – zu behaupten, er sei es, bedient sich jüdischen Leidens, um palästinensische Erfahrungen auszuradieren. Ja, der Antisemitismus nimmt zu. Ja, die Politiker dieser Welt müssen ihn auf das Schärfste bekämpfen. Aber um die Worte eines großen zionistischen Denkers zu bemühen: „Das ist der falsche Weg.“

Die Behauptung, Antizionismus sei per se antisemitisch, gründet auf drei Prämissen: Erstens sei die Ablehnung des Zionismus deswegen antisemitisch, weil sie den Juden etwas verwehre, das alle anderen Völker besäßen, nämlich einen eigenen Staat. „Die Idee, dass alle anderen Völker ihr Recht auf Selbstbestimmung anstreben und verteidigen dürfen, aber die Juden nicht, ist Antisemitismus“, sagte der Praktikonsführer der Demokraten im US-Senat, Chuck Schumer, 2017. Ähnlich formulierte es der Vorsitzende der Nichtregierungsorganisation American Jewish Committee (AJC), David Harris, 2018: „Von allen Völkern dieser Erde nur dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern, ist ganz sicher diskriminierend.“

Von allen Völkern dieser Erde? Die Kurden haben keinen eigenen Staat. Auch die Basken nicht, das gleiche gilt für die Katalanen und die Schotten, die Einwohner von Kaschmir, die Tibeter, die Abchasen, Osseten, Lombarden, die Igbo, Oromo, Uiguren, Tamilen und Einwohner von Québec sowie ein Dutzend andere Volksgruppen, die nationale Bewegungen gegründet haben, um ihre Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen, aber damit scheiterten.

Kurden, Schotten, Katalanen

Trotzdem würden nur die wenigsten behaupten, dass die Ablehnung eines kurdischen oder katalanischen Staates jemandem zu einem anti-kurdischen oder anti-katalanischen Rassisten macht. Es gibt einen breiten Konsens, dass auf ethnischen Nationalismus gründende Staaten – dazu geschaffen, eine bestimmte ethnische Gruppe zu repräsentieren und zu schützen – nicht der einzige legitime Weg sind, um die öffentliche Ordnung und die Freiheit

des Einzelnen zu gewährleisten. Manchmal ist es besser, einen staatsbürgerlichen Nationalismus zu fördern, also einen Nationalismus, der sich auf Grenzen gründet anstatt auf kulturelles Erbe: Also etwa eine spanische Identität zu schaffen, die Katalanen stärker einbezieht, oder eine irakische Identität, die Kurden als Teil von sich versteht, anstatt multiethnische Staaten in Stücke zu reißen. Man sollte meinen, dass jüdische Politiker das verstehen, weil viele dieser jüdischen Politiker nationale Selbstbestimmung zwar als universelles Recht bezeichnen, aber kein Problem damit haben, dieses universelle Recht den Palästinensern zu versagen.

Eine Abwandlung eben davon bildet die zweite der drei Prämissen: Vielleicht ist es nicht rassistisch, gegen das Streben eines Volkes nach Staatlichkeit zu sein. Aber es ist rassistisch, diesen Staat wieder abschaffen nicht mehr“, und kündigte an, dagegen zu wollen, nachdem er errichtet wurde. „Es ist eine Sache, vor dem folgenlosen Gericht der historischen Was-Wäre-Wenns dafür zu streiten, dass der Staat Israel nie hätte gegründet werden dürfen“, schrieb der *New-York-Times*-Kolumnist Bret Stephens vor kurzem. Aber „heute ist Israel die Heimat von fast neun Millionen Einwohnern, mit einer Identität, die auf genauso unverkennbare und stolze Weise israelisch ist, wie die Niederländer niederländisch und die Dänen dänisch sind. Antizionismus fordert nicht weniger, als diese Identität zu zerstören und jene politisch zu enteignen, die sie in Ehre halten.“

Apartheid? Israel ist nicht Südafrika. Dennoch ist es lehrreich, zu vergleichen

Nun, es ist aber alles andere als Spalterei, zu versuchen, einen auf ethnischem Nationalismus gründenden Staat in einen solchen des staatsbürgerlichen Nationalismus zu verwandeln, in dem keine ethnische Gruppe besondere Privilegien besitzt.

Im 19. Jahrhundert gründeten die Afrikaner sprechenden, zumeist hollandstämmigen Buren im südlichen Afrika verschiedene Staaten, um ihr Streben nach nationaler Selbstbestimmung zu verwirklichen, darunter Transvaal und den Orange Free State. 1909 schlossen sich diese beiden Burenrepubliken mit zwei Staaten zusammen, die von englischsprachigen Weißen dominiert wurden. Es entstand die Südafrikanische Union, die später zur Republik Südafrika werden sollte und die eine Art nationaler Selbstbestimmung für weiße Südafrikaner verwirklichte.

Klar, das Problem war, dass eben jene Versionen von Selbstbestimmung, die Transvaal, der Orange Free State und der Apartheidstaat Südafrika propagierten, Millionen schwarzer Menschen ausschlossen, welche in ihren Grenzen lebten. 1994 änderte sich das. Mit Abschaffung der Apartheid ersetzte Südafrika den ethnischen Nationalismus der Buren und den weißen Rassennationalismus mit einem staatsbürgerlichen Nationalismus, der Menschen aller ethnischen Gruppen einschließt. Dieser gibt es eine Verfassung, die „das Recht des südafrikanischen Volkes auf Selbstbestimmung“ garantiert.

Das war keine Spalterei, sondern deren Gegenteil.

Ich betrachte Israel nicht als Apartheid-Staat. Aber sein ethnischer Nationalismus schließt viele Menschen aus, die unter seiner Kontrolle leben. Bret Stephens weist darauf hin, dass Israel fast neun Millionen Einwohner hat. Er erwähnt nicht, dass Israel weitere fast fünf Millionen Nicht-Bürger hat: Palästinenser, die unter israelischer Kontrolle in der Westbank und Gaza leben, ohne dass der Staat, der ihr Leben beherrscht, ihre Grundrechte garantiert.

Israel gibt diesen Palästinensern keine Staatsbürgerschaft, unter anderem weil der jüdische Staat errichtet wurde, um Juden und Jüdinnen zu schützen und zu repräsentieren. Daher strebt er danach, seine jüdische Mehrheit zu erhalten. Fünf Millionen Palästinensern das Wahlrecht zu geben, würde sie aufs Spiel setzen.

Zionismus als Enteignung

Sogar unter Israels neun Millionen Bürgern sind rund zwei Millionen – die so genannten „arabischen Israelis“ – palästinensisch. Stephens meint, den Zionismus zu stürzen, wäre eine „politische Enteignung“ der Israelis. Aber Umfragen zufolge sehen die meisten palästinensischen Bürger Israels das genau umgekehrt. Für sie repräsentiert der Zionismus selbst eine Art politische Enteignung. Weil sie in einem Staat leben, der Juden privilegiert, müssen sie eine Einwanderungspolitik erdulden, die es jedem Juden auf der Welt erlaubt, sofort israelischer Staatsbürger zu werden, derweil sie die Einwanderung von Palästinensern nach Israel praktisch unmöglich macht.

Sie leben in einem Staat, dessen Nationalhymne von der „jüdischen Seele“ spricht, dessen Fahne einen Davidstern trägt und traditionell israelisch-palästinensische Parteien von Regierungskoalitionen ausschließt. Eine 2003 von der israelischen Regierung selbst beauftragte Kommission beschrieb Israels „Umgang mit dem arabischen Sektor“ als „diskriminierend“.

Solange Israel ein jüdischer Staat bleibt, kann kein palästinensischer Staatsbürger Israels seinem Sohn oder seiner Tochter glaubhaft sagen, er oder sie könne Ministerpräsident oder Ministerpräsidentin des Landes werden, in dem er oder sie lebt. Auf diese Weise verwehrt Israels Form des ethnischen Nationalismus – der Zionismus – den Nicht-Juden, die unter israelischer Kontrolle leben, die Gleichberechtigung.

Meine bevorzugte Lösung wäre es, aus dem Westjordanland und Gaza einen palästinensischen Staat zu machen, und damit den Palästinensern in diesen Gebieten die Staatsbürgerschaft in einem ethnisch nationalischen – aber hoffentlich demokratischen – eigenen Land zu geben. Ich würde auch versuchen, Israels ethnischen Nationalismus inklusiver zu gestalten. Man könnte zum Beispiel der Nationalhymne Israels eine Strophe hinzufügen, die den Sehnsüchten seiner palästinensischen Bürger Rechnung trägt.

Aber in einer Welt, in der sich ein Holocaust ereignet hat, und in der der Antisemitismus beängstigend weit verbreitet bleibt, wünsche ich mir, dass Israel ein Staat bleibt, der besonders dem Schutz der Juden verpflichtet ist.

Dennoch: Zu versuchen, Israels ethnischen Nationalismus durch einen staatsbürgerlichen zu ersetzen, ist nicht per se bigott. Im vergangenen Jahr brachten drei palästinensische Knesset-Abgeordnete eine Gesetzesvorlage mit dem Ziel ein, Israel von einem jüdischen Staat in einen „Staat für alle seine Bürger“ zu verwandeln. Einer dieser Abgeordneten, Jamal Zahalka, erklärte: „Wir verleugnen Israel nicht und auch nicht sein Existenzrecht als jüdische



Impressionen aus der Westbank: Küstenabschnitt am Toten Meer und Streit zwischen einem israelischen Soldaten und einem Palästinenser wegen der Schließung einer Schule in den besetzten Gebieten, südlich von Nablus

um? Weil sie wollte, dass die polnischen Juden auswanderten. Mit einem jüdischen Staat würden sie einen Ort haben, wohin sie gehen konnten. Auch heute noch findet sich ein Echo dieses antisemitischen Zionismus unter rechten amerikanischen Christen, die den Juden in Israel weitaus freundlicher gesonnen sind als den Juden in den USA.

Ein Beispiel ist der streng konservative US-Fernseh- und Radiomoderator Glenn Beck. Nachdem er 2010 von der Anti-Defamation League (ADL), die gegen Diskriminierung und Diffamierung von Juden eintritt, kritisiert wurde, weil er George Soros als „Puppenspieler“ bezeichnet hatte, der „die USA in die Knie zwingen“ und „obscene Profiteure aus uns herauspressen will“, reiste Beck nach Jerusalem, um eine Pro-Israel-Demonstration abzuhalten. Oder der Neo-nazi-Anführer Richard Spencer – er nennt sich einen „weißen Zionisten“ und sieht Israel als Vorbild für jenes weiße Heimatland, das er in den USA haben möchte.

Orbán, von Storch, Strache – sie liebäugeln offen mit dem Zionismus

Einige der europäischen Politiker, die am offenkundigsten mit dem Antisemitismus liebäugeln – Ungarns Viktor Orbán, Heinz-Christian Strache von der FPÖ und Beatrix von Storch von der AfD, die der Nostalgie für das Dritte Reich fröhnt – treten öffentlich für den Zionismus ein.

So wie es Antisemitismus ohne Antizionismus gibt, gibt es klarerweise auch Antizionismus ohne Antisemitismus. Man denke an die Satmarer Chassidim, eine große ultra-orthodoxe Sekte. 2017 versammelten sich 20.000 männliche Gemeindeglieder im Barclays Center im New Yorker Stadtteil Brooklyn zu einer Kundgebung – das waren mehr Leute, als in jenem Jahr zur Konferenz der pro-israelischen Lobbyorganisation AI-PAC kamen. Einem der Organisatoren zufolge wollten die Satmar Chassidim damit ihrer Überzeugung Ausdruck verleihen, „dass es keinen Staat Israel geben sollte und kann, bevor der Messias gekommen ist.“

Vergangenes Jahr sagte Satmar-Rabbi Aaron Teitelbaum tausenden Anhängern: „Wir werden nicht aufhören, Gottes Krieg gegen den Zionismus und all seine Erscheinungsformen fortzuführen.“ Man kann über Rabbi Teitelbaum und die Satmar sagen, was man will, aber sie sind keine Antisemiten.

Das gleiche gilt für Avrum Burg. Der frühere Knesset-Präsident erklärte 2018, die Ausdehnung der Siedlungen im Westjordanland habe die Zwei-Staaten-Lösung unmöglich gemacht. Daher, so Burg, müssten die Israelis „ihre zionistische Paradigma aufgeben, und es durch ein inklusiveres ersetzen. Israel muss allen seinen Einwohnern gehören, einschließlich den Arabern, nicht den Juden allein.“

Andere progressive jüdische Israelis, darunter der frühere Vize-Bürgermeister von Jerusalem, Meron Benvenisti, und der Kolumnist der israelischen Tageszeitung *Haaretz*, Gideon Levy, wie die Aktivisten des Federation Movement, argumentieren ähnlich.

Heimat. Wir sagen einfach nur, dass die Existenz dieses Staates nicht auf der Bevornutzung von Juden, sondern auf Gleichheit beruhen soll. Der Staat sollte auf Gleichberechtigung aufbauen, nicht auf Bevorteilung und Übermacht.“

Man könnte dagegenhalten, es sei scheinheilig von Palästinensern, jüdische Staatlichkeit in Israel abschaffen und gleichzeitig palästinensische Staatlichkeit

In dieser Welt muss Israel dem Schutz der Juden verpflichtet bleiben

in der Westbank und Gaza befördern zu wollen. Man könnte auch fragen, ob Jamal Zahalkas Vision von jüdischer und palästinensischer Gleichberechtigung in einem post-zionistischen Staat naiv ist, da starke palästinensische Bewegungen, etwa die Hamas, nicht Gleichheit, sondern die Vorherrschaft des Islam wollen.

Das sind vernünftige Kritikpunkte. Aber sind Zahalka und seine Kollegen – die der strukturellen Diskriminierung in einem jüdischen Staat ausgesetzt sind – am Ende Antisemiten, weil sie den Zionismus durch einen staatsbürgerlichen Nationalismus ersetzen wollen, der die Gleichberechtigung von Menschen aller ethnischen und religiösen Gruppen verspricht? Natürlich nicht.

Schließlich gibt es noch eine dritte Prämisse, um Antizionismus mit Antisemitismus gleichzusetzen. Es wird behauptet, in der Praxis kämen die beiden feindlichen Einstellungen schlichtweg zusammen vor.